

Wirtschaft und Bundesrat im Abseits

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung wurde, für viele Wirtschaftsvertreter und Politiker überraschend, mit 50.3% angenommen. Damit wird der Bundesrat beauftragt, die Personenfreizügigkeit neu auszuhandeln und Kontingente einzuführen. Die Wirtschaft, bzw. deren Verbandvertreter und Manager, tun sich schwer damit, die Abstimmungsniederlage zu akzeptieren und der Bundesrat wird wohl erneut versuchen, den Volkswillen in den Ausführungsbestimmungen zu unterlaufen. Dabei haben gerade die Wirtschaft und der Bundesrat selbst den Grundstein für die Niederlage gelegt. Es wäre somit an der Zeit, Selbsteinkehr zu halten und nicht Sündenböcke ausserhalb ihrer Chefetagen suchen.

Für die Abstimmungsniederlage ist primär der Bundesrat verantwortlich. Vor allem Aussenminister Burkhalter wusste nichts Gescheiteres als im Vorfeld der Abstimmung bereits die weitere Integration der Schweiz in die EU voranzutreiben und uns sogar den Europäischen Gerichtshof als neue oberste Gerichtsbarkeit schmackhaft zu machen. Die automatische Übernahme von EU-Recht für unsere bilateralen Verträge wurde als harmlose "institutionelle Frage" dargestellt. Die Übernahme fremden Rechts ohne Mitsprache und Vetorecht ist jedoch ein massiver Verstoss gegen unsere Demokratie. Uns schliesslich will uns der Bundesrat mit einem neuen Rahmenabkommen, wie bei den Bilateralen 1, in eine Guillotinen-Paket einbinden. Damit wären wir in Zukunft gezwungen, entweder alle Änderungswünsche der EU zu akzeptieren, oder sämtliche bisherigen Verträge zu verlieren. Was der Bundesrat aber den Leuten verschweigt, ist die Tatsache, dass er bilaterale Verträge wie das Zinsbesteuerungsabkommen durchaus mit der EU nachverhandeln will, wenn die EU dies fordert. Dabei wurde zwar in den zuständigen Kommissionen des Eidgenössischen Parlamentes eine Konsultation abgehalten, aber die Wünsche der Parlamentarier nicht berücksichtigt. Selbstherrlich verabschiedet der Bundesrat ein eigenes Verhandlungsmandat und erklärt dieses erst noch für "geheim", damit ja niemand ihre Kreise stört. Mit dem Abstimmungsergebnis ist wohl klar, dass das Volk einen Marschhalt der EU-Debatte wünscht. Das Ja zur Initiative ist auch eine Absage an die EU-Politik des Bundesrates.

Auch die Wirtschaft hat im Abstimmungskampf ein Eigentor nach dem anderen geschossen. Wenn die Economiesuisse grüne Extrempolitiker als Fürsprecher der Wirtschaft auftreten lässt, so vermag dies höchstens noch ein mitleidiges Lächeln hervorzurufen, aber die Glaubwürdigkeit der Herren Manager kaum zu stärken. Die Spitzenvertreter des Arbeitgeberverbandes und der Economiesuisse riskieren mit ihren persönlichen Angriffen auf die SVP sogar, dass deren Basis dann im nächsten Abstimmungskampf, wenn es um die Mindestlöhne geht, wenig Interesse zeigt, sich für die Wirtschaftskapitäne einzusetzen. Zu sehr erinnerten die Drohungen mit Arbeitsplatzverlust an die Fehlprognosen von 1992. Wären wir, wie damals geplant, inzwischen der EU beigetreten, dann stände unser Wohlstand heute wohl nicht auf dem erreichten Niveau. Wer sich mit Chauffeuren ins Büro fahren lässt, weiss eben nicht, dass Wohlstand auch darin bestehen kann, dass man in den Zügen nicht stehen muss, dass man eine erschwingliche Wohnung findet und nicht ständig höhere Beiträge für die Sozialversicherungen bezahlen muss, weil die Immigranten unsere Sozialwerke überdurchschnittlich belasten. Noch billiger gibt sich die SP-Spitze, die die

Schuld am Abstimmungsdebakel einem Buch von Alt-Bundesrätin Calmy-Rey zuschieben will. Es war nicht die verdeckte EU-Beitritts-Agenda einer Alt-Bundesrätin die zur Niederlage geführt hat, sondern vor allem auch ein Aufbäumen vieler Gewerbetreibender, die von immer neuen und kostspieligen flankierenden Massnahmen, die zu zusätzlichen Kontrollen und Administration führen, genug haben.

Und schliesslich drohte auch die EU vor den Abstimmungen der Schweiz, das gesamte Paket der Bilateralen 1 zu kündigen. Dabei würde eine solche Kündigung vor allem auch die EU treffen. Was den Aussenhandel angeht, so sei daran erinnert, dass die Schweiz für CHF 23 Mrd. (2012) mehr Waren aus der EU importiert als sie dorthin exportiert (11 Monate 2013: CHF 18.3 Mrd.). Seit der EWR-Abstimmung im Jahre 1992 haben die Importe aus der EU um 93%, die Ausfuhren in die EU um 99% zugenommen. Dennoch ist der Handelsüberschuss der EU gegenüber der Schweiz von CHF 13.6 Mrd. auf CHF 23 Mrd. angestiegen. Dass die Schweiz im gesamten internationalen Warenhandel seit 1992 dennoch einen Umschwung von CHF -0.9 Mrd. Handelsdefizit auf einen Überschuss von CHF +23.8 Mrd. herbeiführen konnte, ist vor allem auf den Rest der Welt und nicht auf die EU zurückzuführen. Die gesamten Importe der Schweiz sind seit 1992 um 104%, die Ausfuhren aber um 134% angestiegen. Ausserhalb der EU stiegen die Importe somit um 228% an, die Exporte um 201%. Der Anteil der EU an den Schweizer Importen 2013 ist mit 74.2% (1992: 80.3%) immer noch relativ hoch, der Exportanteil ist hingegen von 65.4% auf 55.1% gefallen. Auch die Bedeutung unseres wichtigsten Handelspartners, Deutschland, sinkt laufend. Noch 1992 stammten 35.3% der Schweizer Importe aus unserem nördlichen Nachbarland, heute sind es noch 29.4%. Als Exportkunde nahm Deutschland 1992 noch 24.9% unserer Ausfuhren auf, heute kauft das Land noch 18.8%. Wenn man die Wichtigkeit der EU als Aussenhandelspartner richtig einschätzen will, dann sollte man nicht vergessen, dass in den Exporten wiederum umfangreiche zuvor getätigte Importe stecken. Wenn die EU nun glaubt, die Schweiz mit Handelseinschränkungen schikanieren zu können, so schießt sie ein Eigentor. Die Finanzmärkte haben denn auch am "Tage danach" nicht negativ reagiert. Im Gegenteil, der Franken und die Schweizer Aktienbörse legte zu.

10.2.2014